Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

# KLASSENKAMPF

3/75 Juni 1.JG. Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) Tirol Preis 3-S

## Vietnam und Kambodscha –
# Siege für die sozialistische Weltrevolution



**KPÖ-WAHL-PROGRAMM:**

**KEINE ALTERNATIVE**

ARTIKEL S.15

*"Unsere Flüsse, unsere Berge, unsere Menschen werden immer bleiben, ist der Yankee geschlagen, erbauen wir das Land zehnmal schöner als je. Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrunen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische, besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben."*
*(Aus dem Testament des Genossen Ho Chi Minh, des großen Führers des vietnamesischen Volkes)*




**1. Mai 1975– Ein Schritt vorwärts**

## VOEST–ALPINE Konzern:
### Rationalisierungen und Lohnabau

Die Voest Alpine steckt bereits voll in der Krise. Daß es noch zu keinen spektakülären Massenentlassungen gekommen ist, ist nur auf die bevorstehenden Nationalratswahlen zurückzuführen. Vorerst wollen sich die Voest-Manager im wesentlichen damit begnügen, ca.3000 Arbeiter und Angestellte bis zum Sommer"still" abzubauen: durch frühzeitige Pensionierung, Nichtersetzen beim Ausscheiden aus dem Betrieb etc.

Große Entlassungen gibt es also noch keine. Alle anderen Auswirkungen der Krise bekommen die Voest- Alpine- Arbeiter aber heute schon massiv zu spüren. Welche Antwort sie darauf geben, ist nicht nur für die 80 000 Beschäftigten des Konzerns selbst wichtig. Zehntausende andere Arbeiter und Angestellte sind mit dem Konzern verknüpft.

Die Metallarbeiterlohnrunde im Herbst wird wesentlich von der Lage und Haltung der Voest-Alpine-Arbeiter bestimmt

FORTSETZUNG AUF S.11

Die Krise breitet sich aus. Deutlicher wird: Der Kapitalismus kann unsere Zukunft nicht sichern.

Keine der Parteien, die jetzt zum Stimmenfang antreten, hat ein Programm, das die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Folgen der Krise zusammenschließen kann. Keine hat ein Programm, das die Arbeiterklasse zum Kampf um den Sozialismus befähigt.

SIEHE ARTIKEL S. 17

## LANDTAGSWAHLEN:

## KEINE STIMME DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN!

## VORWÄRTS IM AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN PARTEI DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERKLASSE

| | | |
|---|---|---|
| ○ | 1 | ÖVP |
| ○ | 2 | SPÖ |
| ○ | 3 | FPÖ |
| ○ | 4 | KPÖ |

keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

# Kein Friede durch ›Teillösung‹ auf dem Rücken des palästinensischen Volkes !

Am Samstag und Sonntag sind in Salzburg der amerikanische Präsident Ford und der ägyptische Präsident Sadat zu Gesprächen über die Lage im Nahen Osten zusammengetroffen.
Es sollte um den Frieden gehen, wofür sich gerade die Führer der USA und der UdSSR seit längerer Zeit stark machen:
Einen Frieden haben die Völker des Nahen Ostens allerdings schon lange entbehren müssen. Seit damals nämlich, als vor allem mit britischer und amerikanischer Hilfe auf dem Heimatboden des palästinensischen Volkes der Staat Israel gebildet wurde.

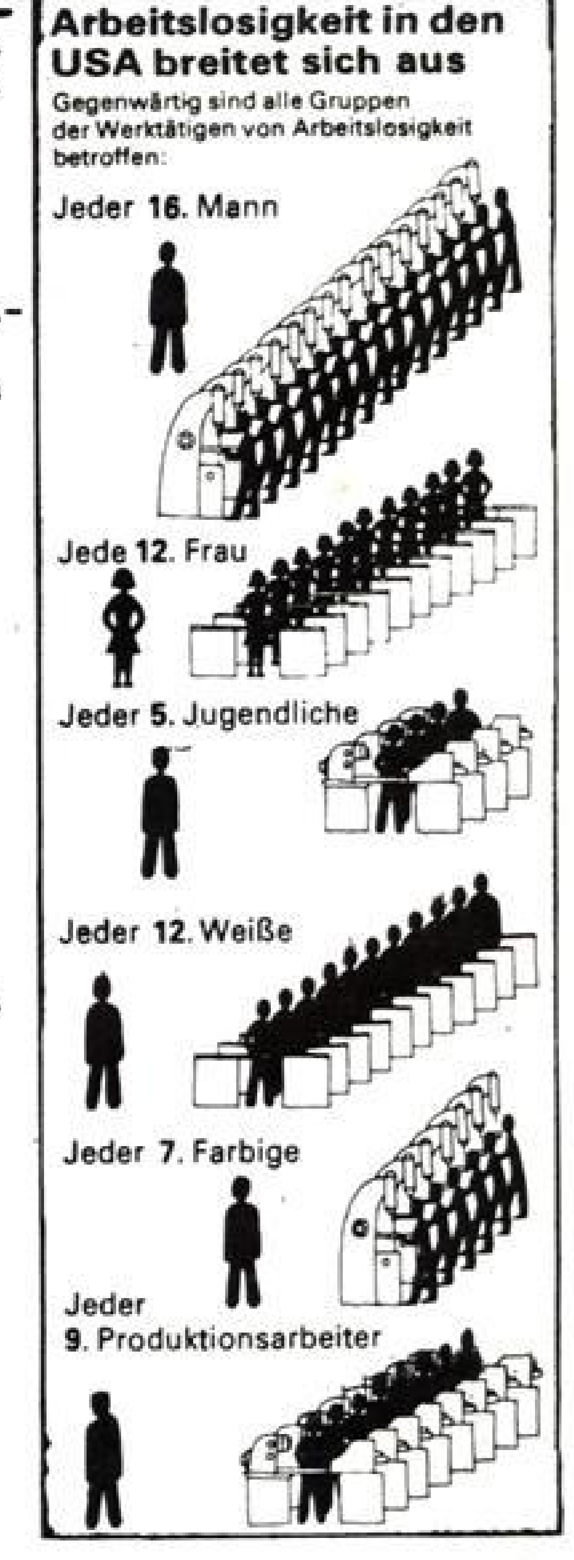
Ein ganzes Volk mußte diesem Staat weichen, mußte flüchten vor dem zionistischen Terror, der auch rücksichtslos in die arabischen Nachbarländer getragen wird. Jüngstes Beispiel war die israelische Kommandoaktion gegen im Süden des Libanon gelegene Dörfer und Palästinenserlager. Immer größere Gebiete hat der israelische Staat seit seiner Existenz an sich gerissen und seine Klauen tief in die arabischen Gebiete gekrallt.
Dieser Zustand der ständigen Bedrohung und Aggression nützt in erster Linie den zwei Supermächten, die jede Gelegenheit nutzen, um im Trüben zu fischen. Sie nutzen die Not der Völker, bieten sich als "Helfer" an und hoffen dadurch mehr Einfluß auf die Politik der arabischen Regierungen zu bekommen. Sie wollen Erdölvorkommen kontrollieren und ihre militärischen Stützpunkte noch mehr Ländern aufzwingen. Damit sie dieses schmutzige Spiel weiterspielen können, sind sie an der Existenz des Staates Israel sehr interessiert. Die USA lassen dafür seit langem Milliarden von Dollars und große Waffenlieferungen nach Israel fließen. Neuerdings ist auch die Sowjetunion dazu übergegangen, offene Propaganda für die angebliche Existenzberechtigung des Kolonialstaates Israel zu betreiben.

Sehr ernst ist es allem Anschein nach weder Ford noch Breschnew mit dem Frieden im Nahen Osten, da sie die Ursachen für den Krieg und für die gespannte Situation gar nicht beseitigen wollen. Sie sind bloß daran interessiert, gegenwärtig eine offene Auseinandersetzung zwischen Israel und den arabischen Staaten zu verhindern. Die Gefahr scheint ihnen zu groß, daß nicht mehr imperialistische Machtpolitik die Szene beherrscht, sondern die gerechten Interessen der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes die Ereignisse bestimmen. So wie es ansatzweise während des Oktoberkrieges 1973 der Fall war.
Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO erklärte vergangenen Herbst vor der UNO-Vollversammlung: "DER KRIEG IST IN PALÄSTINA AUSGEBROCHEN, NUR IN PALÄSTINA WIRD DER FRIEDE GEBOREN"!
Voraussetzung dafür ist die Wiederherstellung der nationalen Rechte dieses Volkes, das heißt:

Zerschlagung des zionistischen Staates und Errichtung eines demokratischen Staates Palästina, in dem Juden, Moslems und Christen friedlich und gleichberechtigt zusammenleben. Auf dem Wege dorthin müssen die arabischen Völker auch alle Einmischungsversuche der Supermächte entschlossen zurückschlagen.

# Vorarlberger Sicherheitsgesetz

Die ÖVP hat im Vorarlberger Landtag einen Entwurf für ein Sicherheitsgesetz eingebracht.
In Zukunft sollen die Bürgermeister Gemeindeeinwohner als Hilfspolizisten verpflichten können, sollen Identitätsfeststellungen, Anhaltungen, Personendurchsuchungen, Hausdurchsuchungen und Ausgehverbote anordnen können - alles ohne jedes Gerichtsverfahren und ohne die Möglichkeit für die Betroffenen, sich wenigstens nachträglich durch Aufsichtsbeschwerden oder Amtshaftungsklagen zu beschweren.
Mit diesem Sondergesetz - einer echten Notstandsgesetzgebung - will sich der Staatsapparat weitere Möglichkeiten zur Unterdrückung des Volkes schaffen. Durchgreifen ohne lästige Umwege über Gerichte wird jetzt durch dieses Gesetz legalisiert.
Begründet wird dieser Entwurf vor allem mit notwendigen Maßnahmen im Fall von Naturkatastrophen, z.B. Lawinenabgängen!
Im Fall von Lawinengefahr ist aber eine Evakuierung wohl ratsamer als ein Ausgehverbot, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen werden Lawinen auch nicht am Abgehen hindern, und Identitätsfeststellungen an Lawinentoten hat man auch bisher ohne Sicherheitsgesetz zustande gebracht. Und gegen geldgierige Liftbesitzer, die mitten in Lawinenschneisen ihre Lifts bauen und sie auch bei Lawinengefahr betrieben, haben die Bürgermeister noch nie was gehabt. Ihnen wurden vielmehr reichlich Konzessionen erteilt.
Der Notstand, der mit diesem Sondergesetz geregelt wird, ist von anderer Art. Die Katastrophen, die eintreten könnten, sind der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, der Widerstand der Bevölkerung gegen volksfeindliche Maßnahmen des Staatsapparats.
Was es in Vorarlberg nicht gibt, sind die von den Landtagsabgeordneten immer wieder beschworenen "Terroristen und Anarchisten". Was es aber wirklich gibt, das ist Unmut in der Bevölkerung über die Kernkraftwerke im Rheintal, über die Landschaftszerstörung durch die Rheintalautobahn. Was es wirklich gibt, das ist die Besetzung des Kernkraftwerk-Baugeländes im benachbarten Kaiseraugst (Schweiz) oder im auch nicht so fernen Kaiserstuhl (Baden-Württemberg). Für derartige Notstände lassen sich natürlich solche Sondervollmachten für Bürgermeister schon brauchen. Für solche Katastrophenfälle rüstet sich der bürgerliche Staat, indem er das Arsenal seiner Machtmittel aufrüstet.



Guerillatätigkeiten würden eingestellt werden, wenn Smith die Führer von ZANU und ZAPU freiläßt. Außerdem hat auch das Smith-Regime nie einen Waffenstillstand hergestellt, sondern auf Flugblättern gefordert, daß die ZANLA Streitkräfte sich ergeben.

KEIN WAFFENSTILLSTAND

Einem Waffenstillstand aber hat die ZANU niemals zugestimmt. Sie ist allerdings bereit, einen Waffenstillstand zu vereinbaren, wenn das Smith-Regime abtritt und die Regierungsgewalt an die Mehrheit übergibt.

Einziger Zeuge des Regimes war der Chef der Rhodesischen Sicherheitspolizei!

DIE AKTIONEN DES SMITH-REGIME GEGEN SITHOLE UND CHITEPO WAREN SCHLÄGE INS WASSER

Die Führung der ANC hat sich mit Sithole solidarisch erklärt, und die Aufnahme von Verfassungsverhandlungen mit dem Smith-Regime von Sitholes Freilassung abhängig gemacht. In dem Prozeß sah sich das Regime daher gezwungen, den eigentlichen Grund der Verhaftung nämlich den entschlossenen Standpunkt der ZANU in der Weiterführung des bewaffneten Kampfes offenzulegen. Genauso wird sich auch die jetzt erfolgte Verhaftung der Führung der ZANU in Sambia als ein Schlag ins Wasser erweisen.

-H.B.-

# Was ist die ZANU?

AUSZUG AUS EINEM DOKUMENT DER ZANU

Die ZANU ist die nationale Befreiungsbewegung, die Spitze der national-demokratischen Revolution in Zimbabwe.

Welche Rolle spielt die ZANU in der Revolution von Zimbabwe?

Die ZANU ist die Vorhut der Revolution in Zimbabwe. Sie ist die höchste Autorität, jede ihrer Entscheidungen und Ziele müssen von den verschiedenen Organen der Revolution durchgeführt werden.

Welches ist die Ideologie der ZANU?

Die ZANU arbeitet nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Ihr Ziel ist es, eine sozialistische Revolution zu erreichen. Ehe jedoch eine solche sozialistische Revolution erreicht werden kann, ist eine Übergangsphase der national-demokratischen Revolution notwendig. Die national-demokratische Revolution ist die notwendige Voraussetzung für die sozialistische Revolution, und die sozialistische Revolution ist die unvermeidliche Fortsetzung der national-demokratischen Revolution. Je gründlicher die national-demokratischen Revolution ist, desto besser sind die Bedingungen für die sozialistische Revolution.

Welches sind die politischen Ziele der ZANU?

Die politischen Hauptziele der ZANU sind, ein freies, demokratisches, unabhängiges Zimbabwe zu schaffen und die politische Vorherrschaft des fremden Elements in unserer Gesellschaft und seine imperialistischen und kapitalistischen Wurmfortsätze zu beseitigen. Unser Ziel ist wahrhafte nationale Unabhängigkeit und sozialistischer Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Was ist die gegenwärtige Politik der ZANU in Zimbabwe?

Die ZANU ist verpflichtet, die nationale Unabhängigkeit durch den bewaffneten Kampf zu erreichen. Wir verurteilen aufs schärfste die Politik der Zusammenarbeit mit den Siedlern in Südafrika.

Welche Außenpolitik verfolgt die ZANU?

Die Außenpolitik der ZANU ist bestimmt durch zwei Hauptprinzipien: gegen den Imperialismus kämpfen und sich mit allen fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt vereinen. Die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt sind in einen riesigen weltweiten Konflikt gegen Imperialismus und Kapitalismus verwickelt. Da die Feinde, die wir bekämpfen, sowohl lokal wie international sind, haben wir unser Gewicht auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte in der Welt geworfen. Wir unterstützen die Politik der afrikanischen Einheit, wie sie in der Charta der Organisation Da wir die Motive und Gründe der Unterzeichner des Lusaka-Manifestes kennen(in diesem wird ein Eingreifen Großbritanniens zur Lösung des "Rhodesien-Problems" befürwortet - die Red.), verwerfen wir strikt deren Herangehen an dieses Problem und bekräftigen unsere Entschlossenheit zum bewaffneten Kampf.

# Türkische Kollegen demonstrierten am 1.Mai mit

FÜR DIE EINHEIT VON ÖSTERREICHISCHEN UND AUSLÄNDISCHEN ARBEITERN

An unserer Demonstration am 1. Mai nahmen auch türkische Kollegen teil. (Einige türkische Kollegen waren auch am Tag vorher bei der Veranstaltung im Stiftskeller dabei gewesen.)

Die Kollegen brachten dadurch ihren Willen zum Ausdruck als Teil der österreichischen Arbeiterklasse zusammen mit den österreichischen Arbeitern und dem österreichischen Volk für den Aufbau des Sozialismus zu kämpfen. Sie legten damit den Grundstein für die Einheit der österreichischen und der ausländischen Arbeiter. Es ist den fortschrittlichen türkischen Arbeitern bewußt, daß diese Einheit die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Führung des Klassenkampfs ist. Denn gerade die Spaltung in In- und Ausländer war der Kapitalistenklasse und dem Staat bis jetzt eine enorme Hilfe bei Rationalisierungen, Entlassungen, Lohnraub und sonstigen Angriffen auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes.

Zahlreiche türkische Kollegen folgten der Demonstration auf dem Gehsteig, sympathisierten mit den Demonstranten und bewunderten den Mut ihrer Landsleute, die aktiv daran teilnahmen.

Am Bahnhof gab es einen Höhepunkt als einer der türkischen Kollegen spontan zum Mikrophon griff und den gemeinsamen Maiaufruf der österreichischen Kommunisten auf türkisch vorlas. Diese Tat fand sowohl bei den türkischen Kollegen als auch bei den Einheimischen großen Beifall.

Die österreichische Staatspolizei wurde bei dieser Gegebenheit ihrer Rolle als Handlanger der Kapitalisten wieder einmal gerecht. Sie ließ sich von einem türkischen Spitzel die Namen des türkischen Arbeiters, der die Rede gehalten hatte und einem anderen türkischen Kollegen aufschreiben, teilte sie dem Betrieb (Herburger&Rhomberg) mit, worauf die Kollegen schleunigst auf die nächste Entlassungsliste gesetzt wurden.

Aber die fortschrittlichen türkischen Arbeiter lassen sich durch solche üble Unterdrückungsmaßnahmen nicht einschüchtern. Sie werden sich weiter für die Einheit der Arbeiterklasse einsetzen und für den Sozialismus kämpfen.

F.K.

# 1. Mai 1975–Ein Schritt vorwärts

"Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf um die Sozialistische Revolution!" Im Zeichen dieser Losungen stand der heurige 1.Mai für die Kommunisten.

Nahezu in allen Bundesländern wurden Demonstrationen, Kundgebungen oder Versammlungen abgehalten.

Zur Kundgebung des KB in Hall waren ca. 70 Menschen erschienen, darunter eine große Anzahl ausländischer Kollegen. Auf der Kundgebung wurde in einigen Beiträgen eingegangen auf die Folgen der Krise für die Arbeiterklasse.

An der Festveranstaltung des KB am Abend des 30.4. nahmen 100 Freunde und Genossen teil. Neben einem Vertreter der Leitung des KB sprachen noch ein türkischer Genosse und ein griechischer und persischer Kollege. Die Liedergruppe des KB sang zwischen den einzelnen Reden Lieder aus der österreichischen Arbeiterbewegung.
Am 1.Mai hatte der KB gemeinsam mit dem "Marxistisch-Leninistischen Bund Tirol" und der "Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs" zu einer Kundgebung in Innsbruck aufgerufen, zu der 150 Menschen kamen.

An der anschließend vom KB allein durchgeführten Demonstration beteiligten sich etwa 120 Menschen. In Transparenten wurde zu brennenden Fragen des nationalen und internationalen Klassenkampfs Stellung genommen. Neben den Forderungen, die sich beziehen auf den Kampf gegen die Folgen der Krise stand der Sieg der Völker Vietnams und Kambodschas im Mittelpunkt der Demonstration. Wie bei der Veranstaltung, so waren auch bei der Demonstration eine Reihe ausländischer Kollegen dabei und brachten damit praktisch die Einheit der ausländischen und inländischen Teile der Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Mit einer kurzen Schlußkundgebung, auf der gemeinsam die Internationale gesungen wurde, endete der 1.Mai in Innsbruck.

-Red.-




Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) Tirol

Erscheint mindestens 12 x jährlich, Einzelpreis S 3.- Jahresabonnement inkl.Porto (12 Nummern) S 50.- Bestellungen durch Einzahlung auf Kto. Nr.0000-078907 bei der Sparkasse der Stadt Ibk. oder durch Zuschrift an KB-Tirol, Andreas Cologna, 6020 Ibk., Ing.-Etzel-Str.3. Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Redaktionsschluß dieser Nummer: 30.5.1975
Erscheinungstag: 3.6.1975 Auflage: 1000

# SPENDENAUFRUF

Um seine Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können, benötigt der Kommunistische Bund Tirol u.a. bestimmte technische Einrichtungen, die durch unsere Mitgliedsbeiträge allein nicht gedeckt werden können. Was wir vor allem derzeit anstreben, ist der Ankauf einer weiteren Druckmaschine. Dazu benötigen wir ca. 25.000 S.

Wir rufen alle, die unsere politischen Anschauungen teilen und unsere Ziele unterstützen, auf, durch Spenden zur Erreichung dieses Zieles beizutragen.

Wir beabsichtigen, die Spendenaktion in drei Monaten abzuschließen und werden laufend in der Zeitung über den Stand der Sammlung berichten.

Spenden bitte auf das Konto
Nr. 0000-078907 bei der Sparkasse der Stadt Innsbruck